

Weniger Bürokratism für die Firmen

Verwaltung Eine Studie zeigt, wie die Bürokratie Unternehmer entlasten kann

Im Vergleich zum Ausland belastet die Schweizer Verwaltung die Firmen weniger stark. Trotzdem kann sie noch billiger und schneller werden.

DANIEL IMWINKELRIED

Ob Metzger, Anwalt oder Industrieller: Kleinunternehmer stossen schnell an ihre Grenzen, wenn sie von der Verwaltung etwas wollen, zum Beispiel ein Baugesuch. Meist kümmern sich viele Stellen darum, und die Unternehmer verheddern sich rasch im Bürokratiedschungel.

Längst haben die Kantone deshalb erkannt, dass sie nicht nur mit tiefen Steuern Firmen anziehen können. Auch eine effiziente Verwaltung hilft, Firmen in die Region zu holen. In der Ostschweiz sei zwischen Appenzell und St. Gallen ein regelrechter Wettlauf im Gang, wer sich denn am besten um Firmen kümmere, sagt Urs Fueglistaller, Leiter des Instituts für Klein- und Mittelunternehmen der Universität St. Gallen. Sein Institut hat mit dem Wirtschaftsprüfer BDO Visura untersucht, wie die Kantone die Kleinfirmen zu entlasten versuchen. Besonders angeschaut haben

sie dabei Baselland, Graubünden, St. Gallen, Waadt und Zürich.

Baselland als Vorreiter

Im internationalen Vergleich schneiden die Kantone gut ab, kommt die Studie zum Schluss. Die administrative Arbeit nimmt den hiesigen Unternehmern weniger Zeit weg als den Kollegen in Deutschland und Österreich. Zudem fallen weniger Kosten an. Gleichzeitig spielt der Wettbewerb unter den Kantonen. So war Zürich vor zehn Jahren unter den untersuchten Kantonen noch am teuersten. Das hat den Kanton angespornt. Fueglistaller schätzt, dass die Kosten für Kleinfirmen im Kanton Zürich seither gesunken seien.

Als Vorbild bei den Firmenförderern gilt inzwischen Baselland. Dort steht im Gesetz, dass der Kanton die KMU finanziell und administrativ entlasten müsse. Seit März dieses Jahres kümmert sich eine Anlaufstelle um die KMU, indem sie den Firmeneinhabern den Zugang zu Verwaltungsstellen vermittelt. Auch andere Kantone planen solche One-Stop-Shops, um den KMU das Leben zu erleichtern.

Aber selbstverständlich würde keine Beratungsfirma eine Studie verfassen, nur um zum Schluss zu kommen, dass alles perfekt ist. Die kantonalen Verwaltungen können die KMU noch viel besser betreuen, behaupten die Verfasser. So ist es angeblich teuer, hierzulande eine Firma zu gründen. «Im Falle einer AG kostet dies 5000 bis 6000 Franken», sagt Fueglistaller. In Deutschland seien die Kosten nur halb so hoch. Wichtigstes Anliegen der Verfasser ist aber der «aufwändige Vollzugsmechanismus». Das heisst, die Kantone sollen neues Bundesrecht möglichst einfach umsetzen.

Den Unternehmern selbst raten die Autoren, nicht zu warten, bis die Verwaltung die Abläufe vereinfacht. Sie sollen sich in Verbänden und in der Politik engagieren. Nur fehlt den bürokratiegeplagten Unternehmern dazu wohl die Zeit.



Der Bund entdeckt die KMU

Auch der Bund hat ein Herz für kleinere Firmen. Um den Firmeninhabern die Arbeit zu erleichtern, sollen Bewilligungen vereinfacht werden. Zudem hat der Bund einige Massnahmen eingeführt, damit die Firmenchefs weniger Zeit mit Verwaltungsarbeit verschwenden. So sollen bis Ende Jahr 90 Prozent aller Lohndaten elektronisch übermittelt werden können. Laut seco können die mehr als 300 000 Unternehmen der Schweiz damit Millionen von Arbeitsstunden sparen. Andererseits erhalten Behörden wie die Suva, das Bundesamt für Sta-

tistik und die Ausgleichskassen die Lohndaten in guter Qualität und dies erst noch günstiger. Verbände und Unternehmer anerkennen die Bemühungen des Bundes. Gleichzeitig appellieren sie aber an die Politiker, die Gesetzgebung zu vereinfachen und die Aktivitäten der Ämter besser abzustimmen. Die Löhne einheitlich zu erfassen sei gut, nötig sei aber auch eine einheitliche Definition des Lohnes, sagt ein Treuhänder. So seien der AHV-Lohn und der steuerpflichtige Lohn immer noch nicht dasselbe. (DID)